

Claudia Christ, Rolf Frankenberger

Auf dem Weg zu Wohlfahrt 4.0 – Digitalisierung in Frankreich

politik für europa
#2017 plus

FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG

politik für europa #2017 plus

Europa braucht Soziale Demokratie!

Warum wollen wir eigentlich Europa? Können wir den Bürger_innen die Chancen einer gemeinsamen sozialen Politik, einer starken Sozialen Demokratie in Europa aufzeigen? Das ist das Ziel des neuen Projekts der Friedrich-Ebert-Stiftung „Politik für Europa“. Zu zeigen, dass die europäische Integration demokratisch, wirtschaftlich-sozial und außenpolitisch zuverlässig gestaltet werden kann. Und muss!

Folgende Themenbereiche stehen dabei im Mittelpunkt:

- Demokratisches Europa
- Wirtschafts- und Sozialpolitik in Europa
- Außen- und Sicherheitspolitik in Europa

In zahlreichen Veröffentlichungen und Veranstaltungen in den Jahren 2015 bis 2017 wird sich die Stiftung dem Thema kontinuierlich widmen: Wir setzen bei den Sorgen der Bürger_innen an, identifizieren mit Entscheidungsträger_innen Positionen und machen alternative Politikansätze transparent. Wir debattieren mit Ihnen über eine „Politik für Europa“!

Weitere Informationen zum Projekt erhalten Sie hier:

<http://www.fes.de/de/politik-fuer-europa-2017plus/>

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft;
- Politikberatung;
- internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern;
- Begabtenförderung;
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

Über die Autor_innen der Länderstudien

Claudia Christ, M. A., ist Stipendiatin im Promotionskolleg „International-vergleichende Forschung zu Bildung und Bildungspolitik im Wohlfahrtsstaat“ der Hans-Böckler-Stiftung und der Eberhard Karls Universität Tübingen. **Prof. Dr. Daniel Buhr** lehrt Policy Analyse und Politische Wirtschaftslehre am Institut für Politikwissenschaft der Eberhard Karls Universität Tübingen. **Dr. Rolf Frankenberger** ist Akademischer Rat am Institut für Politikwissenschaft an der Eberhard Karls Universität Tübingen. Er lehrt und forscht im Bereich der vergleichenden Politikwissenschaft. **Marie-Christine Fregin, M. A.**, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Politische Wirtschaftslehre und Politikfeldanalyse am Institut für Politikwissenschaft der Eberhard Karls Universität Tübingen. **Prof. Dr. Josef Schmid** ist Professor für Politische Wirtschaftslehre und Politikfeldanalyse und zurzeit hauptamtlicher Dekan der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Eberhard Karls Universität Tübingen. **Markus Trämer, B. A.**, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsbereich Policy Analyse und Politische Wirtschaftslehre am Institut für Politikwissenschaft der Eberhard Karls Universität Tübingen.

Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich

Michèle Auga ist Leiterin des Referats Westeuropa/Nordamerika.

Beate Martin ist Referentin im Referat Westeuropa/Nordamerika.

Claudia Christ, Rolf Frankenberger

Auf dem Weg zu Wohlfahrt 4.0 – Digitalisierung in Frankreich

FRANKREICH

1. ABSTRACT

- Frankreich hat in Sachen Digitalisierung im europäischen Vergleich und auch international Nachholbedarf. Dies gilt sowohl für die technische Seite etwa bei den Verbindungsgeschwindigkeiten als auch für die gesellschaftliche Dimension der Digitalisierung wie etwa bei der Internetnutzung und der Digitalisierung der Ökonomie.
- Frankreich ist eines der innovationsstärksten Länder und nimmt den sechsten Rang bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung weltweit ein.
- Die Expert_innen sind davon überzeugt, dass Frankreich durch begünstigende Reformen und starke Innovationskraft eine sehr gute Basis für den globalen Wettbewerb geschaffen hat. Eine zentrale Herausforderung sehen sie dennoch in der digitalen Transformation der KMU, die teilweise veraltete hierarchische Strukturen aufweisen.
- Digitalisierung wird hauptsächlich als Chance begriffen, die französische Wirtschaft für den globalen Wettbewerb vorzubereiten und sich zu einer führenden Nation in den Politikfeldern Arbeit, Gesundheit und Innovation zu entwickeln.

2. EIN KURZER ÜBERBLICK ÜBER DAS POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE SYSTEM

Die fünfte Französische Republik ist eine semipräsidentielle Demokratie mit einer gegenüber der Legislative stark dominierenden Exekutive. Die herausragende Stellung des Präsidenten leitet sich aus der in den Artikeln 14 und 15 verankerten „Domaine réserve“ in der Außen- und Sicherheitspolitik ab. Trotz der Stärkung der Regionen durch Reformen aus den Jahren 1982 und 2003, bei denen die lokale Ebene weitreichende administrative und fiskalische Rechte erhielt und die Dezentralisierung in einem Zusatz zu Artikel 1 der Verfassung festgeschrieben wurde, kann Frankreich nach wie vor als dezentraler Einheitsstaat bezeichnet werden. Die durch häufige Ämterakkumulation auf verschiedenen politischen Ebenen in einer Person unterstreicht dies ebenso wie die ökonomisch große Bedeutung des Zentrums, der Île-de-France. Das französische Mehrparteiensystem ist gekennzeichnet

durch häufige Änderungen. Neugründungen und Zusammenschlüsse kommen häufig vor. Aktuell sind sechs Parteien im Parlament vertreten, jedoch stützt sich die Regierung auf die absolute Mehrheit der Parti Socialiste. Die Parteien sind im Vergleich zu Deutschland eher schwach organisiert.

Frankreich ist die sechstgrößte Volkswirtschaft der Welt und mit Deutschland die wichtigste Industrienation Europas. Neben Dienstleistungen und Tourismus sind insbesondere die Branchen Luftfahrt, Energie, Landwirtschaft, Chemie und Elektronik zentral. Obwohl der Staat sich eine zentrale lenkende Rolle in der Wirtschaft bewahrt hat, wurden doch zahlreiche Reformen mit einer liberalen Stoßrichtung durchgeführt, um die zuletzt schwächelnde Konjunktur zu stimulieren. Zuletzt fiel darunter das im August 2015 verabschiedete „Gesetz für Wachstum und Aktivität“ (Loi pour la croissance et l'activité). Umfassende Arbeitsmarktreformen hin zu flexibleren Arbeitsmärkten werden diskutiert, sind allerdings nicht zuletzt bei den Gewerkschaften umstritten (s. Tabelle 3).

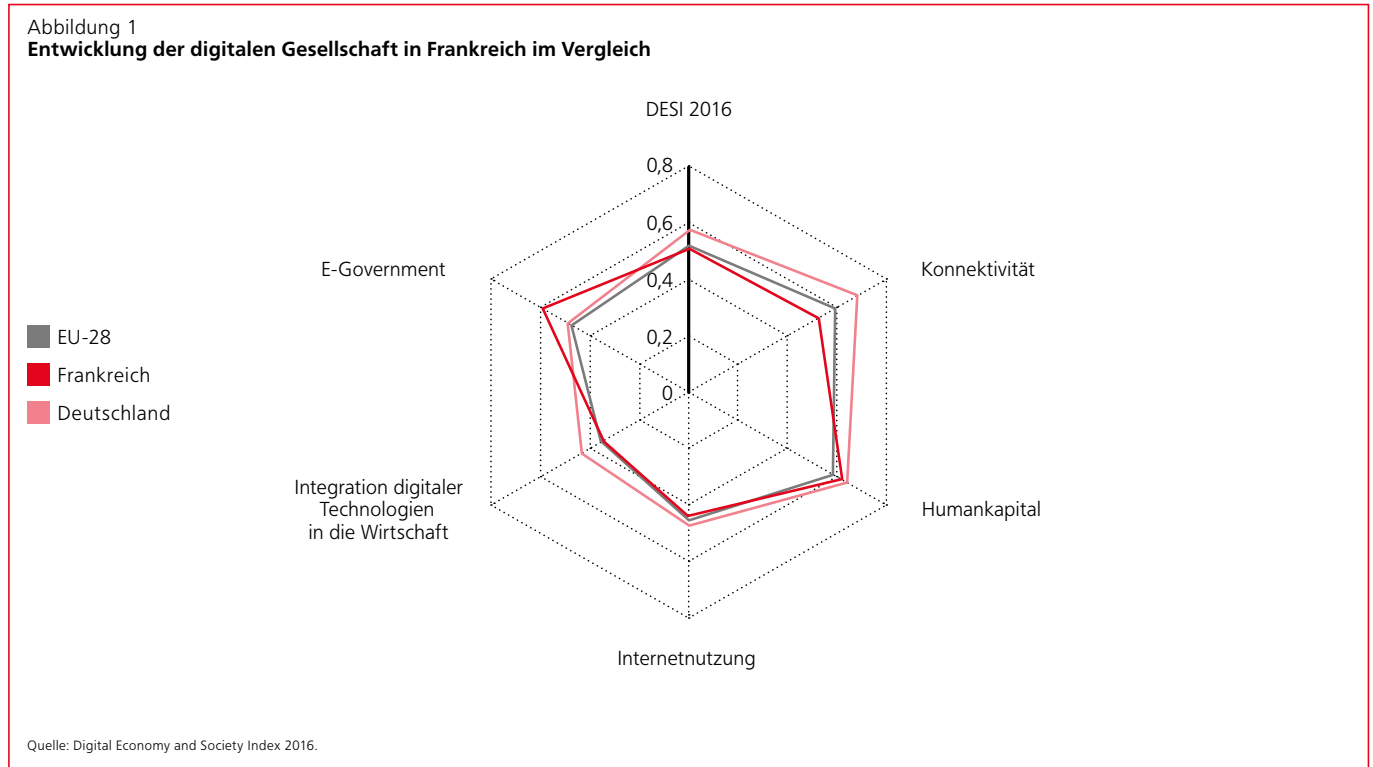
Der französische Wohlfahrtsstaat ist durch ein hohes Regulierungsniveau und zahlreiche Sozialversicherungssysteme gekennzeichnet, die eine breite soziale und medizinische Absicherung bieten. Ähnlich wie im deutschen Fall ist der französische Wohlfahrtsstaat seit Anfang der 1980er Jahre einem ständigen Veränderungsdruck ausgesetzt, wobei der Grund hierfür gewissermaßen im System selbst liegt: „Die Finanzierung der Sozialversicherung als Eckpfeiler des Wohlfahrtsstaates fußt [...] zu großen Teilen auf Beiträgen aus Erwerbsarbeit und hängt daher wesentlich von der konjunkturellen Entwicklung und den Beschäftigungszahlen ab“ (Grillmayer 2012: 222). Während die für konservative Wohlfahrtsstaaten typischen Versicherungsmodelle und die Rolle der Familie im Vordergrund stehen, finden sich dennoch auch breite universelle Leistungen wie etwa der Mindestlohn (SMIC) und das sogenannte Wiedereingliederungseinkommen (RSA – revenue de solidarité active). Dennoch wird Frankreich meist als konservativer Wohlfahrtsstaat im Sinne Esping-Andersens kategorisiert.

Der französische Wohlfahrtsstaat ist nicht nur ähnlich wie der deutsche im Kern als Sozialversicherungssystem organisiert, sondern ist auch von ähnlichen Problemlagen betroffen: das sinkende Wirtschaftswachstum, die Finanzkrise und der demografische Wandel (Reiter 2014). Expert_innen sehen in

Tabelle 1
Frankreich im Überblick¹

Indikator	Frankreich	EU-28
Staatsform	semipräsidentielle demokratische Republik	
Staatsorganisation	unitarisch	
Parteiensystem	Mehrparteiensystem	
Wahlsystem	Mehrheitswahlrecht	
EU-Mitglied seit	1.1.1958	
Einwohner_innen/km ²	104,5	116,7
Urbanisierung (% der Bevölkerung)	80	74
Wohlfahrtsregime	konservativ	
Einkommensungleichheit (Verteilungsquintil)	4,3	5,2
Sozialausgaben (% des BIP)	33,7	28,6
BIP/Kopf (KKS, Index: EU=100)	106	100
Wachstumsrate (reales BIP im Vergleich zum Vorjahr)	1,3	2,2
Haushaltsdefizit/-überschuss (% des BIP)	-3,5	-2,4
Arbeitsproduktivität nominal je Beschäftigten (Index: EU=100)	114,4	100
harmonisierte Arbeitslosenquote	10,5	8,6
Trade Union Density (0–100)	7,72	
F&E-Gesamtausgaben (% des BIP)	2,26	2,03
Anteil der 20- bis 24-Jährigen mit mindestens Sekundarstufe II (in %)	87,2	82,7
Tertiärabschlüsse in MINT-Fächern (pro 1.000 Absolvent_innen)	22,9	17,1
DESI (0–1; 1=digitalisierte Gesellschaft)	0,51	0,52
Anteil regelmäßiger Internetnutzer_innen (16–74 Jahre) in %	81	76
Internetzugangsdichte (% der Haushalte)	83	83
Anteil Haushalte mit Breitbandanschluss (in %)	76	80
Anteil Unternehmen mit Breitbandanschluss (in %)	96	95

¹ Datenquellen, wenn nicht anders spezifiziert: Eurostat, <http://www.ec.europa.eu/eurostat> (3.10.2016), Daten von 2016 oder nächst verfügbarem Jahr; Daten zum Wohlfahrtsstaatstypus: <http://www.learneurope.eu/index.php?cID=300> (3.10.2016); Daten zum Urbanisierungsgrad: data.worldbank.org (3.10.2016); Daten zur Trade Union Density: OECD, https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=UN_DEN (3.10.2016); Daten zur Digitalisierung: Digital Economy and Society Index (DESI) 2016, <http://ec.europa.eu/digital-agenda/en/digital-agenda-scoreboard> (28.9.2016).



der Digitalisierung eine Chance zur sozialen und ökonomischen Weiterentwicklung, die auch das Wohlfahrtsmodell absichern könnte.

3. STAND DER DIGITALISIERUNG

Frankreich hat in Sachen Digitalisierung im europäischen Vergleich und auch international Nachholbedarf. Dies zeigt sich insbesondere im Nutzungsprofil und den Geschwindigkeiten von Breitbandverbindungen. Zwar sind 100 Prozent der Haushalte an Breitbandleitungen angeschlossen, diese werden jedoch nur von 71 Prozent genutzt. Mit einer durchschnittlichen IPv4-Verbindungsgeschwindigkeit von 9,9 Mbps liegt Frankreich global auf dem 45. Platz und belegt in Europa den drittletzten Platz. Allerdings zeigt sich bei den Wachstumsraten im Jahresvergleich, dass Frankreich einige Anstrengungen unternimmt, um die Konnektivität zu verbessern. Bei den Spitzengeschwindigkeiten liegt Frankreich mit 41 Mbps international lediglich auf Platz 62 (Akamai 2016).

Etwas besser schneidet Frankreich bei den mobilen Verbindungsgeschwindigkeiten ab. Hier liegt der durchschnittliche Datendurchsatz bei 11,5 Mbps und damit bei gerade einmal 41 Prozent des Wertes von Spitzenreiter Großbritannien (27,9; Deutschland 15,7). Insgesamt besteht in Frankreich ein im europäischen Vergleich großer Entwicklungsbedarf sowohl beim Breitbandausbau als auch bei schnellen mobilen Internetzugängen (Akamai 2016).

Auch jenseits der rein technischen Dimension besteht in Frankreich deutlicher Nachholbedarf bei der Entwicklung einer digitalisierten Gesellschaft. Frankreich belegt 2016 im Digital Economy and Society Index (DESI 2016) lediglich Platz 16² und gehört unter anderem mit Polen, Tschechien, Ungarn und der Slowakei zu den in der Entwicklung zurückfallenden

Ländern. Auch wenn die Performanz in den Dimensionen Humankapital (12) und E-Government (13) immerhin leicht überdurchschnittlich ist, so sind es neben der Konnektivität (Platz 20) vor allem die Integration digitaler Technologien in die Ökonomie (18.) und die Nutzung des Internets (17.), bei denen Frankreich schlecht abschneidet (DESI 2016). So nutzen zwar 81 Prozent das Internet, aber lediglich 57 Prozent verfügen über grundlegende digitale Kenntnisse. Der Anteil von ICT-Spezialist_innen an den Arbeitskräften ist mit 3,5 Prozent relativ niedrig.

Auch wenn Frankreich einige stark technisch getriebene Initiativen wie etwa die „Tour de France digitale“, „France digital“³, den „Plan Très Haut Débit“ und die „Mission France Très Haut Débit“ (Ministre de l’Économie et des Finances, Ministre de l’Aménagement du territoire, de la Ruralité et des Collectivités territoriales 2013) lanciert hat, so fehlt bislang eine übergreifende digitale Entwicklungsstrategie (DESI 2016), die auch die sozialen Dimensionen erfasst. Mit der im Mai 2016 präsentierten Digitalisierungsstrategie – La Stratégie Numérique du Gouvernement – implementierte die französische Regierung die Digitale Agenda für Europa und adressiert damit neben der wirtschaftlichen und technischen auch die gesellschaftliche digitale Entwicklung. Die digitale Beteiligung der Bürger_innen beim Entscheidungsprozess auf der

² Der DESI ist ein aus fünf Dimensionen zusammengesetzter Index, der die Entwicklung der EU-Staaten hin zu einer Digitalen Gesellschaft untersucht. Der von der EU-Kommission (DG CNECT) entwickelte Index umfasst Konnektivität, Humankapital, Internetnutzung, Integration digitaler Technologien in der Ökonomie und digitale öffentliche Dienste (E-Government). Der Index variiert zwischen 1 und 0, wobei 1 den besten Wert darstellt, vgl. <http://ec.europa.eu/digital-agenda/en/digital-agenda-scoreboard> (28.9.2016).

³ Vgl. <http://francedigitale.org>.

Webseite contribuez.cnumerique.fr/ bewerten Expert_innen als wichtigen Schritt hin zur digitalen Demokratie.

4. POLITIKFELD GESUNDHEIT

Das französische Gesundheitswesen fußt vor allem auf der gesetzlichen Krankenversicherung, in welcher 99 Prozent der Bevölkerung pflichtversichert sind (Schmid 2010). Aufgrund der hohen Selbstbeteiligung haben mittlerweile über 90 Prozent eine private Zusatzversicherung abgeschlossen (Schmid 2010). Im Jahre 2000 verlieh die Weltgesundheitsorganisation dem französischen Gesundheitssystem das Prädikat „bestes Gesundheitssystem der Welt“ (WHO 2000). Heute ist die Bewertung nüchterner: Frankreich liegt zwar bei den meisten Gesundheitsindikatoren wie Lebenserwartung bei Geburt und Kindersterblichkeit weiter über dem OECD-Durchschnitt, doch das System ist chronisch defizitär. Auch in Frankreich altert die Bevölkerung – trotz einer höheren Geburtenrate im Vergleich zu Deutschland. Zudem blasen Ineffizienzen an vielen Ecken und Enden die Kosten auf. Nach Angaben der OECD gab Frankreich im Jahr 2012 11,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für sein Gesundheitssystem aus (OECD 2014). Damit nimmt Frankreich den dritten Platz bei den Gesundheitsausgaben nach den USA (16,9 Prozent) und den Niederlanden (11,8 Prozent) ein, aber noch vor Deutschland mit 11,3 Prozent (OECD 2014). Der OECD-Schnitt betrug 9,3 Prozent.

Die Gesundheitspolitik in Frankreich wird durch den Zentralismus hauptsächlich zentral gesteuert und reguliert. Dies betrifft die Versorgung, die Finanzierung und die Organisation des Gesundheitssystems durch den Staat – Regierung und Ministère des Affaires sociales et de la Santé – und die gesetzliche Krankenversicherung – L'Assurance Maladie. Reformen in der Gesundheitspolitik sollen vor allem der institutionellen Komplexität der gesetzlichen Krankenversicherung und der Verhandlungsmacht der Ärzt_innen Herr werden (Reiter 2014). Die Gesundheitsreform im Jahr 2004 beispielsweise vereinte die verschiedenen Krankenkassen unter einem Dach: der „Union nationale des Caisses d'Assurance Maladie“ (UNCAM). Diese übernimmt seither wichtige Funktionen zur Mitwirkung der Assurance Maladie an der politischen Steuerung des Gesundheitswesens, z. B. in den Bereichen der Vertragspolitik, der Definition von Leistungen und der Festlegung der Erstattungssätze (vgl. Reiter 2014, Schmid 2010).

Im Hinblick auf die Digitalisierung im Politikfeld Gesundheit zielt der Aktionsplan für die Digitale Ökonomie explizit darauf ab, die Förderung digitaler Instrumente im Gesundheitssektor voranzutreiben (vgl. EC EDPR 2016). Um dieses Ziel zu verfolgen, wurde bereits im Jahr 2009 die „Agence nationale des systèmes d'information partagés de santé“ (kurz ASIP Santé) gegründet – eine gesetzlich beauftragte Organisation zur Entwicklung und Begleitung des Einsatzes von IT-Systemen, -Instrumenten und -Infrastrukturen im Gesundheitsbereich (ASIP 2009, 2013). Darüber hinaus wurde 2009 auch ein Gesetz zur Telemedizin verabschiedet, welches unter anderem Teleexpertise, Telemonitoring und Teleberatung einführte. In den letzten Jahren wurden hier in einigen Regionen Pilotprojekte gestartet. Die Digitalisierung der Krankenhäuser wurde durch das „Programme Hôpital Numérique“ 2012 ermöglicht. Das Gesundheitsministerium veröffentlichte 2013 eine

erste E-Gesundheitsstrategie, die unter anderem die persönliche Gesundheitsakte einführte. Im Juli 2016 wurde diese Strategie durch „La stratégie nationale e-santé 2020“ erweitert, um die Modernisierung und die Effizienz des französischen Gesundheitssystems voranzutreiben (Ministère des Affaires sociales et de la Santé 2016). Laut dem Digital Agenda Scoreboard (2013 bzw. 2015) bewegt sich Frankreich im Mittelfeld, was den Austausch von Patientendaten oder die Nutzung von elektronischen Verschreibungen angeht, und unterdurchschnittlich im EU-Vergleich, was z. B. Online-Arzttermine betrifft.

Nach Einschätzung der Expert_innen hat Frankreich noch Aufholbedarf bei der Nutzung von Big Data zur Entwicklung individuell angepasster Therapien und Medikamente, vor allem bei chronisch und schwerkranken Patient_innen. Zudem sind viele Reformen relativ neu, sodass eine Bewertung zum jetzigen Zeitpunkt schwierig ist. Die Implementierung und Konsolidierung der neu geschaffenen Infrastrukturen und die verstärkte Nutzung von Open Data und Big Data im Gesundheitsbereich zählen die Expert_innen zu den zentralen Herausforderungen. Die Digitalisierung sehen sie als Chance, das Gesundheitssystem effizienter zu gestalten.

5. POLITIKFELD ARBEIT

Die wirtschaftliche Struktur Frankreichs zeichnet sich einerseits durch eine Vielzahl erfolgreicher Großunternehmen aus, andererseits durch einen schwach ausgeprägten Mittelstand. Nach Einschätzung der befragten Expert_innen bietet die Digitalisierung viele Möglichkeiten, die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Frankreich zu beleben. Die wirtschaftliche Lage hat sich seit der Finanz- und Wirtschaftskrise erholt. Die Wirtschaft wächst aktuell um 1,41 Prozent, auch für 2017 wird ein positives Wachstum prognostiziert (OECD 2016). Laut der International Labour Organization lag die Arbeitslosenrate in den letzten Jahren auf einem Niveau von zehn Prozent (ILO 2016). Grundsätzlich wird von der französischen Wirtschaft eine positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt für das Jahr 2016 erhofft. Das größte Problem bleibt die Jugendarbeitslosigkeit mit deutlich über 20 Prozent in den letzten Jahren (ILO 2016).

In der Beschäftigungspolitik übernimmt das Ministère du Travail, de l'Emploi, de la Formation professionnelle et du Dialogue social sowie im Hinblick auf die Digitalisierung das Ministère de l'Economie et des Finances. Die Expert_innen befürworten den breiten sozialen Dialog zwischen der Öffentlichkeit und allen relevanten Stakeholdern. Ein gutes Beispiel sehen sie in der Initiative „La Nouvelle France Industrielle“ (2013) und deren Nachfolgeprogramm „Industrie du Futur“ (2015), die auf einer breiten Allianz aus Regierung, Arbeitgeber_innen, Gewerkschaften und der Forschung fußen. Die Anfang des Jahres eingeleitete Arbeitsmarktreform für mehr Flexibilität und Beschäftigung wurde jedoch von vehementen Protesten überschattet. Das Vorhaben versucht zwei Dinge miteinander zu verbinden: mehr Sicherheit für Arbeitnehmer_innen und Flexibilität für Unternehmen auch im Hinblick auf den digitalen Wandel. Dabei soll die Reform die hohe Arbeitslosenquote senken. Dies ist ein schwieriges Unterfangen, was zu Protesten vor allem von Gewerkschaftsseite geführt hat.

Wie steht es um die digitalen Kompetenzen der Arbeitskräfte? Nach dem DESI 2016 besitzen fast 60 Prozent der Bevölkerung mindestens digitale Basiskompetenzen. Jedoch besteht Nachholbedarf beim Anteil der Arbeitnehmer_innen mit „speziellen ICT-Kompetenzen“, denn nur 3,5 Prozent der Arbeitnehmer_innen tragen dieses Prädikat (EC EDPR 2016). Im Gegensatz dazu steht Frankreich sehr gut da, was den Anteil Hochqualifizierter im MINT-Bereich betrifft: 23 von 1.000 Individuen zwischen 20 und 29 Jahren haben einen MINT-Abschluss. Damit belegt Frankreich den zweiten Platz in der EU (EC EDPR 2016). Das Programm „Industrie du Future“ hat fünf Ziele: Entwicklung des Technologieangebots, Begleitung von Unternehmen bei der digitalen Transformation, Ausbildung von Fachkräften, Stärkung der internationalen Zusammenarbeit bei der Standardisierung von digitalen Normen und Förderung der französischen Zukunftsindustrien. Die befragten Expert_innen sehen die Aus- und Weiterbildung von qualifizierten Fachkräften als Voraussetzung für die digitale Transformation der Wirtschaft und Gesellschaft. Die „Industrie du Future“ setzt genau hier an. Regierung und Gewerkschaften haben im Dialog ein Konzept ausgearbeitet, das zum einen fachübergreifende Forschungsmaßnahmen fördern soll, die sich vor allem mit der Rolle des Menschen in der Industrie 4.0 auseinandersetzen, und zum anderen Maßnahmen, die die konkrete Schaffung von Ausbildungsstellen innerhalb der digitalen Wirtschaft vorsehen (AHK Frankreich 2016).

Die Expert_innen bewerten das Reformprogramm rund um Industrie 4.0 als positiv und sehen Frankreich auf einem guten Weg in Richtung digitale Ökonomie, was den technologischen Fortschritt betrifft. Allerdings sei die digitale Transformation ganzheitlich gedacht ein langer Prozess. Von Gewerkschaftsseite bestehe die Gefahr der digitalen Exklusion, welcher durch weitere Bildungsangebote entgegengewirkt werden sollte. Zudem seien durch die Digitalisierung Arbeitsplätze in Gefahr und die soziale Ungleichheit könnte steigen.

6. POLITIKFELD INNOVATION

Frankreichs Innovationsleistung erhöhte sich zwischen 2008 und 2012, nahm zwischen 2013 und 2014 leicht ab und stieg 2015 wieder an, wobei das Leistungsniveau zehn Prozent über dem EU-Durchschnitt liegt. Damit gehört Frankreich der Gruppe der starken Innovationsländer an und nimmt den sechsten Rang bei den F&E-Ausgaben weltweit ein (EIS 2016). Frankreichs wissenschaftliche Stärken liegen im Gesundheitsbereich, während die technologischen Vorteile und Spezialisierungen hauptsächlich in den Bereichen Automobile, Luft- und Raumfahrt sowie anderen Transporttechnologien liegen (EIS 2016). Die hohe Innovationskraft, vor allem im wissenschaftlichen Bereich, bewerten auch die Expert_innen als ausgewiesene Stärke Frankreichs.

Innovationspolitik in Frankreich ist von einer Philosophie der Staatsintervention geprägt, die sich während der 1980er und 1990er Jahre herausbildete (Larédo/Mustar 2001). Betrachtet man das Innovationssystem heute, so kristallisiert sich eine profunde Umwälzung dieser Philosophie heraus: Neue Akteure, Regulierungen und Rahmengesetzgebungen und Prioritäten treten in den Vordergrund. In den vergangenen Dekaden wurde der Fokus auf „grands programmes“ der öf-

fentlichen Hand gesetzt, von welchen große Firmen profitieren und darauf abzielten, eine führende Position Frankreichs in Forschung und Innovation zu erreichen. Kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) blieben dabei größtenteils auf der Strecke. Dies macht sich vor allem im stetig sinkenden Anteil der produzierenden Industrie bemerkbar, der zwischen 2000 und 2012 von 17,8 auf 12,5 Prozent fiel. Die französische Regierung steuerte mit einer Vielzahl von Reformen und Initiativen gegen. Nach Angaben der Expert_innen gab es zwei wichtige Impulse mit einer nachhaltigen Wirkung für die F&E-Landschaft in Frankreich: zum einen die Förderung des Wettbewerbs durch Schaffung von regionalen Kompetenzzentren im Jahr 2004, die „pôles de compétitivité“. Sie sollen den Wettbewerb ankurbeln und Synergien zwischen Forschungsinstituten, Unternehmen und Bildungsinstitutionen innerhalb einer Region schaffen. Zum anderen sehen die Expert_innen die wirtschaftsfördernden Maßnahmen durch erhebliche Steuervergünstigungen als das zentrale Instrument für die Innovationskraft Frankreichs. In der steuerlichen Förderung von Forschungsinvestitionen steht Frankreich unter den OECD-Ländern an der Spitze (AHK 2016). Die Effekte waren schnell sichtbar: Die große Zielgruppe der KMU profitierte mit einem Anteil von 80 Prozent im Jahr 2013 am stärksten von der F&E-Gutschrift (AHK 2016). Weitere Treiber der Innovation sind Subventionen, zinsgünstige Darlehen oder prämiengünstige Versicherungen.

Die Koordination des französischen Innovations- und F&E-Systems übernimmt das Ministère de l'Enseignement supérieur et de la Recherche federführend. Aufgrund der zahlreichen Überschneidungen zu anderen Politikfeldern spielen weitere Ministerien eine große Rolle, v. a. in wirtschaftlicher Hinsicht das Ministère de l'Economie et des Finances, unter dessen Führung im September 2013 das Programm „La Nouvelle France Industrielle“ verabschiedet wurde, das die französische Industrie- und Innovationspolitik vorantreiben sollte. Im April 2015 wurde dieses Programm in „Industrie du Future“ umbenannt, und neue Impulse und Schwerpunkte wurden gesetzt. Somit macht sich Frankreich auf den Weg zur 4. Industriellen Revolution, wie es auch Deutschland 2010 mit „Industrie 4.0“, Großbritannien 2011 mit dem Programm „High Value Manufacturing Catapult“ oder Italien 2012 mit dem Programm „Fabbrica del futuro“ getan haben.

Die Expert_innen sind davon überzeugt, dass Frankreich durch die begünstigenden Reformen und die starke Innovationskraft eine sehr gute Basis für den globalen Wettbewerb geschaffen hat. Eine zentrale Herausforderung sehen sie dennoch in der digitalen Transformation der KMU, die teilweise veraltete hierarchische Strukturen aufweisen.

7. FAZIT

Laut dem Global Competitiveness Report 2015–2016 des World Economic Forum verfügt Frankreich über eine exzellente Infrastruktur, ein gutes Bildungs- und Gesundheitssystem sowie eine vorteilhafte Marktgröße und bietet somit einen fruchtbaren Boden für eine Wirtschaftskultur, die sich gezielt an neue Technologien und die Digitalisierung anpassen und die Produktivität verbessern kann. Die Expert_innen sehen

die Digitalisierung hauptsächlich als Chance, die französische Wirtschaft für den globalen Wettbewerb vorzubereiten und eine führende Nation in den verschiedenen Politikfeldern zu werden. Die digitale Transformation hin zu einer digitalen République kann aber nur gelingen, wenn die Digitalisierung wirtschaftlich, technologisch und sozial gedacht wird. Nur auf diesem Weg kann aus Industrie 4.0 auch Wohlfahrt 4.0 werden. In der vorliegenden Studie wurde auf die relevanten Reformen im Hinblick auf die Digitalisierung in den Politikfeldern Gesundheit, Arbeit und Innovation eingegangen. Die Stärke Frankreichs liegt nach Meinung der Expert_innen dabei im Innovationsbereich, der in viele andere Politikbereiche wie Arbeit und Gesundheit wirkt und auch dort für innovative Lösungen und Dienstleistungen sorgen wird.

Literatur

Akamai 2016: Akamai's State of the Internet Report, Volume 9 (1), <https://www.akamai.com/es/es/multimedia/documents/state-of-the-internet/akamai-state-of-the-internet-report-q1-2016.pdf> (30.9.2016).

AHK Frankreich 2016: Industrie 4.0: Zielmarktanalyse Frankreich, https://www.ixpos.de/IXPOS/Content/DE/Ihr-geschaef-im-ausland/_SharedDocs/Downloads/bmwi-markterschliessungsprogramm-2016/bmwi-mep-marktstudie-frankreich-industrie-4.0.pdf?v=2 (22.9.2016).

ASIP 2009: CONVENTION CONSTITUTIVE, http://esante.gouv.fr/sites/default/files/Convention_constitutive_ASIP_19novembre2009.pdf (29.8.2016).

ASIP 2013: CONVENTION CONSTITUTIVE, http://www.esante.gouv.fr/sites/default/files/ASIP_conv-constit%20modifiee_25mars2013_signee.pdf (25.8.2016).

European Commission 2016: Digital Agenda Key Indicators, https://digital-agenda-data.eu/datasets/digital_agenda_scoreboard_key_indicators/visualizations (13.10.2016).

Esping-Andersen, Gøsta 1990: The Three Worlds of Welfare Capitalism, Princeton.

Europäische Kommission 2014: France, in: European Commission (Hrsg.): Research and Innovation Performance in the EU: Innovation Union Progress at Country Level, Brussels.

Europäische Kommission 2016: European Innovation Scoreboard – France, <http://ec.europa.eu/DocsRoom/documents/17857> (25.8.2016).

Europäische Kommission 2016: Europe's Digital Progress Report (EC EDPR) 2016 – France, <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/european-digital-progress-report-edpr-country-profiles> (22.8.2016).

EIS 2016: European Innovation Scoreboard, http://ec.europa.eu/growth/industry/innovation/facts-figures/scoreboards_en (22.8.2016).

ILO (2016): ILOSTAT Database France, http://www.ilo.org/ilostat/faces/home/statisticaldata/ContryProfileId?_afLoop=9597211127904#%40%40%3F_afLoop%3D9597211127904%26_adf.ctrl-state%3D81px4a855_154 (22.9.2016).

Larédo, P./Mustar, P. 2001: French Research and Innovation Policy: Two Decades of Transformation, in: Larédo, P.; Mustar, P. (Hrsg.): Research and Innovation Policies in the New Global Economy: An International Comparative Analysis, Cheltenham, UK, Northampton MA, USA: Edward Elgar, S. 447–496.

Ministère des Affaires Sociales et de la Santé 2016: Stratégie nationale e-santé 2020, doi : http://social-sante.gouv.fr/IMG/pdf/strategie_e-sante_2020.pdf (25.9.2016).

Ministre de l'Économie et des Finances Ministre de l'Aménagement du territoire, de la Ruralité et des Collectivités territoriales 2013: Le Plan France Très Haut Débit, <http://www.gouvernement.fr/action/le-plan-france-tres-haut-debit> (25.9.2016).

OECD 2014: Statistiques de l'OCDE sur la santé 2014: Comment la France se positionne?, <http://www.oecd.org/fr/els/systemes-sante/Note-Information-FRANCE-2014.pdf> (22.8.2016).

OECD 2016: Real GDP forecast (indicator). <https://data.oecd.org/gdp/real-gdp-forecast.htm> (25.9.2016).

Schmid, Josef 2010: Wohlfahrtsstaaten im Vergleich: Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme, Wiesbaden.

WEF 2015: The Global Competitiveness Report 2014–2015, http://www3.weforum.org/docs/WEF_GlobalCompetitivenessReport_2014-15.pdf (29.9.2016).

WEF 2015: The Global Competitiveness Report 2015–2016, http://www3.weforum.org/docs/gcr/2015-2016/Global_Competitiveness_Report_2015-2016.pdf (29.9.2016).

WHO 2000: The World Health Report: Health Systems: Improving Performance, http://www.who.int/whr/2000/en/whr00_en.pdf (22.9.2016).

Impressum:

© 2016

Friedrich-Ebert-Stiftung

Referat Westeuropa/Nordamerika

Abteilung Internationaler Dialog

Hiroshimastraße 28, 10785 Berlin, Deutschland

<http://www.fes.de/international/wil>

<https://www.facebook.com/FESWesteuropa.Nordamerika>

Bestellungen/Kontakt: FES-WENA@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

ISBN: 978-3-95861-630-1

Titelmotiv: © ANDIA/VISUM

Gestaltung: www.stetzer.net

Druck: www.bub-bonn.de

